

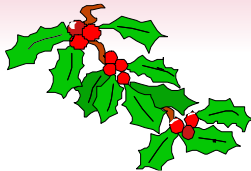


## BERLINER NOTIZEN

Bodo Seidenthal (MdB) informiert aus der Hauptstadt

Jahrgang 1, Ausgabe 6

Dezember 2000



### Ein Ausblick

Am 8. Dezember ging die parlamentarische Arbeit diesen Jahres zu Ende. Wir können eine gute politische Bilanz ziehen:

Wir haben eine große Steuerreform über die parlamentarischen Hürden gebracht. Die Bundesrepublik erhält endlich ein modernes Unternehmenssteuerrecht. Lohn- und Einkommenssteuerzahler werden in Stufen, die bis zum Jahre 2005 festgelegt sind, massiv entlastet.



Die Verhandlungen zum Energiekonsens waren erfolgreich. Bundesregierung und Energiewirtschaft haben einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie vereinbart. Wir haben im Bundeshaushalt Schwerpunkte für eine nachhaltige, alternative Energieversorgung gesetzt: Wir fördern Energieeinsparung und regenerative Energiequellen.

Wir setzen die Haushaltskonsoli-

dierung fort. In diesem und im nächsten Jahr wird die Nettokreditaufnahme des Bundes weiter sinken.

Gleichzeitig setzen wir Akzente für mehr soziale Gerechtigkeit:

Das Wohngeld ist nach vielen Jahren endlich wieder angepaßt. 400.000 Haushalte werden neu hineinwachsen.

In der Ausbildungsförderung, beim BAföG, haben wir ebenfalls eine Trendwende herbeigeführt.

Wir werden in dieser Woche eine weitere Anpassung verabschieden.

Mit der Novellierung des Erziehungsgeldgesetzes, der Anhebung der Einkommensgrenzen und der Schaffung von mehr Wahlfreiheit für Mütter und Väter bei der Elternzeit haben wir einen weiteren Schritt für die Familien getan.

Durch den Heizkostenzuschuß

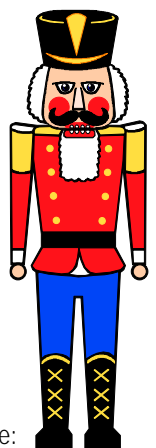
Fortsetzung auf Seite 3



#### *Moment mal...*

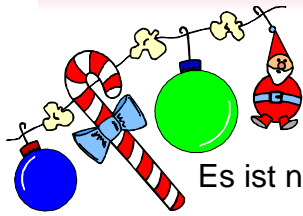
„Herr Kohl hat so viel Mitleid mit sich selber, daß er meines Mitleids nicht bedarf. Ich kann ihm nicht helfen.“

Wolfgang Schäuble über sein Verhältnis zu Helmut Kohl



In dieser Ausgabe:

BSE	2
Ausblick	3
NPD-Verbot	4



## Thema BSE

Es ist nicht das erste Mal, daß wir durch die sich ausbreitende Rinderkrankheit BSE aufgeschreckt werden, aber es ist das erste Mal, daß eine Regierung auf neue Gefahrenhinweise so schnell und konsequent reagiert hat wie die rot-grüne Koalition. Nur eine Woche nach Bekanntwerden der beiden ersten BSE-Fälle bei in Deutschland geborenen Rindern ist auf Initiative der Regierung ein Gesetz verabschiedet worden, das die Verfütterung von Tiermehl als möglichen Überträger der Krankheit grundsätzlich verbietet. Außerdem werden aufgrund einer Eilverordnung ab sofort alle Schlachtrinder über 30 Monate auf BSE untersucht.

Leider ist in der Vergangenheit nicht mit dieser Konsequenz gehandelt worden. Vielmehr wurde versucht herunterzuspielen, zu vertuschen und notwendige Maßnahmen zu verschleppen oder ganz zu vermeiden. Das betrifft die damalige konservative Regierung in Großbritannien in besonderem Maße, gilt aber auch für die EU-Kommission und die deutsche Regierung unter Helmut Kohl. Einige Beispiele dafür:

• *“Man muß diese BSE-Affäre so klein wie möglich halten, indem man Desinformation betreibt. Es ist besser, zu sagen, daß die Presse zu Übertreibun-*



*gen neigt.”* (Aktennotiz einer Sitzung des EU-Veterinärausschusses, 1990)

• *“Rinder sind nicht des Planeten Untergang.”* (Professor Karl Otto Honikel von der Bundesanstalt für Fleischforschung, 1993)

• *“Die Lockerung der Einfuhrbestimmungen für britisches Rindfleisch ist zu verantworten.”* (Horst Seehofer, Bundesgesundheitsminister, CSU, 1995)



• *“Es sind nicht die Kühe, die wahnsinnig sind. Es sind die Leute die verrückt werden.”* (Stephen Dorrell, britischer Gesundheitsminister, Konservative Partei, 1996)

• *“Man muß jetzt vor allem mehr Werbung betreiben. ,Rindfleisch aus Europa ist nicht nur für den Opa‘, so in die Richtung.”* (Franz Fischler, EU-Agrarkommissar, 1996)

• *“Ich kann doch nicht hinter jeden Kuharsch einen Veterinär oder Polizisten stellen.”* (Martin Brick, Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, CDU, 1997)

*“Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert machte sich erneut für eine Ablehnung stark... Er befürchtet Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil von Landwirten und Industrie in der EU. Zudem sehe er kein BSE-Risiko in Deutschland.”* (dpa-Meldung vom 23.7.1997 zur Haltung von Bundeslandwirtschaftsminister Borchert, CDU, zu mehr-



heitlich von den EU-Landwirtschaftsministern gegen die Stimme Deutschlands und sechs weiterer Staaten beschlossenen Vorbeugemaßnahmen)

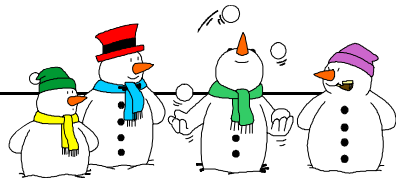
BSE ist eine Krankheit mit Langzeitwirkung. Wir bekommen heute die Folgen zu spüren, die auf die Versäumnisse der Vergangenheit zurückzuführen sind. Das wird sich unter der rot-grünen Regierung nicht wiederholen. Wir werden BSE konsequent bekämpfen und sind bereit, dafür auch die notwendigen Mittel bereitzustellen. Außerdem werden wir dort, wo wir das Gefühl haben, daß auf europäischer Ebene nicht zügig genug gehandelt wird, entsprechenden Druck ausüben. Der Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsrisiken genießt Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen.

Fortsetzung von Seite 1

werden einkommensschwache Haushalte gezielt von den gestiegenen Energiekosten entlastet.

Mit der Fortsetzung des JUMP-Programmes haben wir mittlerweile über 200.000 Jugendlichen eine neue Chance verschafft.

Wir treffen Vorsorge für die Zukunft: Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm, das aus den ersparten Zinsen der Schuldentilgung durch die UMTS-Versteigerungserlöse finanziert wird, stärken wir die Investitionen in Energieeinsparung, Forschung und Bildung und die Verkehrsinfrastruktur.



Die Entschädigung der Zwangsarbeiter ist durch die Errichtung der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" endlich nach jahrzehntelangen Diskussionen geregelt.



Wir haben ein neues Stiftungsrecht beschlossen, das durch steuerliche Anreize in Deutschland eine neue Stiftungskultur entstehen läßt.

Die Grundentscheidungen für die Umstrukturierung der Bundeswehr und ihre Anpassung an die neuen, auf Krisenbewältigung und Friedenssicherung gerichteten Aufgaben sind getroffen. Die Bundeswehr wird verkleinert. Der Wehrdienst bleibt erhalten. Alle Laufbahnen in den Streitkräften sind für Frauen geöffnet.

Mit der Entscheidung für die Green-Card wird dem Fachkräftemangel im Zukunftsreich der Informations- und Kommunikationstechnik entgegengewirkt. Dies wird flankiert durch eine Verstärkung der Ausbildungsanstrengungen in diesem Bereich.

Der Reformstau ist beseitigt. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt.

Im kommenden Jahr stehen neue Aufgaben an: Rentenstrukturreform, Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, Novellierung des Mietrechtes, Justizreform, Zuwanderung.

Wir werden genau so konsequent und geschlossen weiter arbeiten wie bisher.

Dann bleiben wir auch erfolgreich.



Bodo Seidenthal, MdB

Büro:

Unter den Linden 50, Zi. 1073/75

Telefon: 030/227-7 38 66

Postanschrift:

Fax: 030/227-7 64 19

Platz der Republik 1

E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de

11011 Berlin

Ansprechpartnerin: Katharina Fricke

Bürgerbüro:

Schuhstraße 24

38350 Helmstedt

Telefon: 0 53 51/59 98 27

Ansprechpartnerin: Bärbel Mart



Wahlkreisbüro:

Schillerstraße 6-8

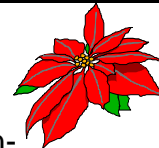
38440 Wolfsburg

Telefon: 0 53 61/1 44 18

Ansprechpartner: Dirk Roller

---

## NPD muß verboten werden!



Im Kampf gegen Rechtsradikale muß eine Demokratie handlungsfähig sein und darf sich nicht aus opportunistischen Gründen einer Auseinandersetzung entziehen. Gewalttaten, Ausländerfeindlichkeit und rechte Intoleranz müssen mit Nachdruck bekämpft werden: Mit den Mitteln des Rechtsstaates, da wo es sein muß, durch Aufklärung und dadurch, daß wir den Jugendlichen eine berufliche und soziale Zukunftsperspektive mit sinnvollen Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Die Materialien der Innenminister belegen eindeutig: Die NPD steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes und versucht aktiv, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu bekämpfen. Wir dürfen hier nicht wegschauen und so tun, als sei dies zu ignorieren.

Am 8. Dezember hat der Bundestag auf Antrag der Koalition beschlossen, daß beim

Bundesverfassungsgericht ein Antrag auf Verbot der NPD gestellt wird. Es ist wichtig, daß alle drei Verfassungsorgane Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung an einem Strang ziehen.

Daneben bekämpfen wir die Ursachen des Rechtsextremismus:

- Im Kinder- und Jugendhilfeplan für 2001 sind 30 Mio. DM zusätzlich für Maßnahmen in der politischen Jugendbildung gegen Rechtsextremismus bereitgestellt worden.
- Auflage eines Programms "Initiative, Arbeit und Qualifizierung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit". Aus dem Europäischen Sozialfonds werden in den nächsten Jahren jährlich 25 Mio. DM bereitgestellt.
- Wichtig ist: Wir bekämpfen aktiv die Jugendarbeitslosigkeit.

**Ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest  
und einen guten Rutsch ins Neue Jahr wünscht Euch**

*Euer Bodo*

